DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf

Südwestblick

Demokratisch Kritisch Parteilich Links

Was bringt das Jahr 2012 ?

Das neue Jahr 2012 hat begonnen wie das alte geendet hat: Wirtschaftskrise, wachsende Armut im Land, Krieg und Elend in der Welt. In der Bundesrepublik wird immer deutlicher, dass wir neben der Finanz- und Wirtschaftskrise auch eine politische Krise haben. Fremdenfeindlichkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das wiederum bildet den Nährboden für Rechtsterroristen. Die können seit Jahrzehnten ihr Unwesen treiben, weil Verfassungsschutz und Polizei auf dem rechten Auge blind sind. Der Bundespräsident muss eingestehen, dass er Fehler gemacht hat,weil er sich von dubiosen Geldgebern hat aushalten lassen. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs, die Verquickung von Finanzkapital und Politik hat Methode. Geld regiert die Welt! Die „Märkte“ regeln die Wirtschaft, die Politik beschränkt sich auf die Anbetung und Beschwörung der Märkte statt zu handeln. Aber wer sind die Märkte? Werden sie von höheren Mächten gelenkt oder von gottgleichen Menschen? Wer regiert eigentlich, in welchem Auftrag arbeiten die Medien? Werden sie auch von unsichtbaren Mächten geleitet? Arbeiten etwa Börsenspekulanten im Auftrag höherer Mächte? Dient Spekulation mit Getreide einem „höherem“ Zweck – nein, es dient ausschließlich dem Gewinn einiger Weniger.

In München hat wie jedes Jahr die sogenannte Sicherheitskonferenz stattgefunden. Das ist ein Treffen von Militärs, Militärexperten, Kriegsministern, Managern, von Rüstungsschmieden und Regierungschefs. Wenn es auf dieser Konferenz um die Sicherheit geht – was haben dann dort Rüstungslobbyisten zu suchen? Sicherheit und Frieden wird es nur geben, wenn abgerüstet wird. Wie blind kann man sein, um nicht zu begreifen, dass Waffen für Kriege produziert werden? Je mehr Waffen produziert werden, desto größer wird die die Gefahr immer neuer Kriege. Rüstungsproduktion ist das Gegenteil von Friedens- und Entspannungspolitik. Und auch hier wieder die Frage: Was tut unsere Regierung und welche Rolle spielen die Medien? Die Öffentlich-Rechtlichen haben den Bombenkrieg der Nato gegen Libyen als Kampf für die Menschenrechte dargestellt, die Folter-und Mordpraktiken der „Befreier“ werden verschwiegen. Das gleiche Muster wird auf Syrien angewandt. Täglich wird bei zweifelhafter Faktenlage über das brutale Vorgehen der syrischen Armee berichtet. Über die von den Ölscheichs finanzierten eingeschleusten Söldnertruppen und ihre Taten erfährt man nichts.

Was tun ? Was können wir tun? Als Linke können und müssen wir immer wieder die Widersprüche benennen. Wir müssen zeigen, dass die Probleme der „großen Welt“ mit den Problemen vor Ort (marode Schulen, schlecht gepflegte Radwege, der jammervolle Zustand von Bibliotheken und öffentlichen Bädern) eng zusammen hängen. „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!“,war ein bekannter Slogan in der Vergangenheit. Er gilt noch immer. Es ist eine Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, es ist eine Frage des Systems.

DIE LINKE wird nicht bespitzelt, weil sie links ist. Sie wird bespitzelt, weil sie für die gerechte Verteilung des Reichtum ist, der von allen geschaffen wird. Weil sie die politische Partei ist, die am konsequentesten das Grundgesetz verteidigt. Weil sie für die Vergesellschaftung der Banken und Monopole eintritt. Uns geht es nicht um Rechthaberei, als hätten wir die Weisheit mit Löffeln gefressen, uns geht es um Veränderung der ungerechten Verhältnisse. Dazu haben wir ein Programm entwickelt – darüber wollen wir diskutieren und mit allen Demokraten Möglichkeiten des solidarischen Handelns finden.

Eberhard Speckmann

Inhalt der Ausgabe 1 2012:

S. 2 Wiederanfahren des BER II ist verantwortungslos!

S. 3 2012 Neuorientierung der Linken ?

S. 4 „Ich bin nicht Rappaport“ im Schloßparktheater

S. 6 „Berlin – Hauptstadt der Radfahrer“

S. 7 Was ist los in diesem Land?

S. 9 Rettet unsere S-Bahn

S. 10 Verschiedenes, Impressum, Termine

“Das Wiederanfahren des Forschungsreaktors Wannsee ist verantwortungslos!”

Interview mit Franziska Brychcy (FB), stellv. Bezirksvorsitzende der LINKEN Steglitz-Zehlendorf

Redaktion: Der Forschungsreaktor BER II hat den Stresstest durch den TÜV Rheinland bestanden. Wie beurteilst Du das Ergebnis?

FB: Eigentlich habe ich wie viele andere Aktive, die sich intensiv mit der Thematik des Forschungsreaktors Wannsee auseinander setzen, gar nichts anderes erwartet. Der sogenannte “Stresstest” ist eine Farce. Entgegen dem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses, dass eine vollständige und ergebnisoffene Sonderprüfung durchzuführen sei (Drs 16/4290), wurden der Überprüfung ausschließlich die Genehmigungsunterlagen sowie Unterlagen vom Helmholtzzentrum selbst zu Grunde gelegt. Die Betriebssicherheit der Anlage vor Ort wurde gar nicht überprüft! Zudem stelle ich wie viele andere die **Unabhängigkeit** von TÜV Rheinland in Frage, der bereits in der Vergangenheit **die Gutachten für das** Genehmigungsverfahren erstellt hat. Unabhängigkeit würde meiner Meinung nach zuvorderst auch finanzielle Unabhängigkeit vom Betreiber bedeuten!

Auch inhaltlich ergeben sich im Prüfbericht eklatante Mängel, z. B. dass Flugzeugabstürze simpel als “Restrisiko” vernachlässigt werden und es somit kein Problem mehr darstellt, dass dem Forschungsreaktor ein seit Jahrzehnten vorgeschriebenes Containment zum Schutz vor äußeren und inneren Einwirkungen fehlt oder dass zu den jüngst erhobenen Vorwürfen gegen die Sicherheit des Forschungsreaktors bezüglich eines veralteten Bauteils und eines Risses im Kühlsystem gar keine Stellung bezogen wird. Letztlich wurden also alle Ereignisse, die das gesamte radioaktive Inventar freisetzen und weite Teile Berlins und Potsdams unbewohnbar machen würden, ausgeklammert, wie z.B. spezielle Untersuchungen zu Auswirkungen von Treibstoffbrand bei einem Flugzeugabsturz, Explosion des mit Wasserstoff gefüllten konischen Strahlrohrs (Kalte Quelle), Sabotage oder Terrorakte.

Red.: Welche Gefahren gehen weiterhin von dem Forschungsreaktor aus?

FB: Der Forschungsreaktor Wannsee liegt mitten in einem Wohngebiet. Alle kurzlebigen Nuklide und das biologisch hochwirksame Tritium gelangen ungefiltert mit der Abluft in die direkte Umgebung und gefährden die Gesundheit der Bevölkerung.
Nach den Jahresberichten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sind die Tritium-Emissionen mit der Abluft des Reaktors weitaus höher als die des mittlerweile stillgelegten Atomkraftwerks Krümmel.
Im direkten Umkreis des Forschungsreaktors wird von Anwohner_innen eine Häufung von Krebsfällen beobachtet. Hier wäre es unbedingt erforderlich, diese Angaben umgehend einer unabhängigen, wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen, um gegebenenfalls eine ungewöhnliche Häufung von Krebserkrankungen feststellen zu können.
Die eventuellen Gefahren durch die mittlerweile 800 m³ schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus Berlin und Brandenburg, die dort in der Sammelstelle lagern, werden ebenfalls nicht thematisiert. Eine zentrale Sammlung/ Endlagerung der Abfälle ist bisher ungeklärt, obwohl die Lagerkapazitäten ausgeschöpft sind.

Red.: Warum darf der Reaktor nicht wieder in Betrieb genommen werden?

FB: Die Vorgaben des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses wurden durch den durchgeführten “Stresstest” ganz klar nicht erfüllt. Er war weder ergebnisoffen noch vollständig. Er hat keine Prüfung der Anlagen vor Ort enthalten. Zu den aufgeworfenen Sicherheitsbedenken wurde keine Stellung bezogen. Zentrale Gefahrenszenarien wurden entweder vernachlässigt (Flugzeugabsturz) oder gar nicht erst behandelt (Zentralstelle für radioaktive Abfälle). Daher ist es meiner Meinung nach gar nicht möglich, das Gefahrenrisiko wirklich fundiert abzuschätzen. Den Forschungsreaktor jetzt einfach wieder anzufahren halte ich nicht nur für fahrlässig sondern für verantwortungslos, denn die Gesundheit der Berliner und Brandenburger sowie

der Mitarbeiter_innen des Helmholtz-Zentrums selbst muss in jedem Falle Vorrang vor jedem noch so plausiblen Forschungsinteresse haben, zumal gerade mit der Europäischen Spallationsquelle (EES) im schwedischen Lund eine alternative Möglichkeit der Neutronenerzeugung aufgebaut wird, an der das Helmholtz-Zentrum direkt mit beteiligt ist.

Red.: Welche Aktivitäten plant die Anti Atom Bewegung?

FB: Unser breites Bündnis plant eine öffentlichkeitswirksame Aktion am 3. März 2012 um 11 Uhr gleichzeitig an 2 Standorten, die beide in der 4 km - Evakuierungszone um den Forschungsreaktor liegen: am Rathaus Babelsberg und am Mexikoplatz. Alle Interessierten sind ganz herzlich eingeladen, gemeinsam mit uns gegen das im März 2012 geplante Wiederanfahren des Forschungsreaktors zu protestieren.
Ab 13 Uhr treffen wir uns anschließend am Wilhelmplatz beim Helmholtz-Zentrum Berlin, Hahn-Meitner-Platz 1, 14109 Berlin, um dort eine gemeinsame Kundgebung gegen die unkritische und verantwortungslose Wiederinbetriebnahme des Forschungsreaktors durchzuführen. Wir freuen uns über jede Unterstützung!

Red.: Vielen Dank für das Interview!

2012 – Neuerfindung der Partei DIE LINKE oder Neuorientierung ?

Eine Betrachtung von Hasko Hüning

Folgt man dem jüngsten ARD-Deutschland-Trend, so glauben 79% der BundesbürgerInnen und 68% der EU-BürgerInnen, der schlimmste Teil der Finanzkrise stehe noch bevor, mehr als ein Drittel sorgt sich um den Arbeitsplatz und 51% sind der Ansicht, die Wirtschaftsordnung müsse „grundlegend verändert werden". Eurobarometer und Deutschlandtrend belegen darüber hinaus den **Vertrauensverlust in Politik** und staatliche Institutionen: durchschnittlich 70% der EuropäerInnen trauen ihren Regierungen nicht über den Weg und nur 23% stimmen zu, die EU sei der Akteur, der am ehesten die Krise in den Griff bekomme.

Im aktuellen Bericht der Internationalen Währungsfonds fordern die Experten die Staaten der Euro-Zone auf, ihre Sparbemühungen nicht zu übertreiben, da es genau so wichtig sei, das Wachstum zu stützen. Staaten mit finanziellem Spielraum – wie z.B. die Bundesrepublik – könnten die Sparmaßnahmen strecken und sie sollten nicht auf das schwache Wachstum dieses Jahres mit noch strengeren Sparprogrammen reagieren. Doch genau dies wird den europäischen Staaten von der Berliner Republik vorgegeben, nämlich ein Staatenvertrag, der Schuldenbremse als Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verbindlich vorgibt. **Tilgung der Schulden als oberste Maxime,** siehe Griechenland. Das läuft de facto auf **harte Armutspolitik,** auf Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Arbeitsverträge und der Sozialverfassung hinaus, gepaart mit beschleunigter Privatisierung. Dabei sollte klar sein, der deutsche Sonderweg – permanente Exporterfolge – kann nicht für alle funktionieren. Es geht in Europa vielmehr um ausgeglichene Zahlungsbilanzen. Der politische Streit geht deshalb darum, ob (Staats-) Haushaltssanierung durch Streichung öffentlicher Leistungen und Aufgaben oder besser durch die Erhöhung der Einnahmen zu erfolgen hat.

Und dies nicht nur für den EU-Raum, sondern in der Bundesrepublik selbst, wie nun die vorgezogenen Wahlen im Saarland zeigen werden. Das Saarland muss wegen der **Schuldenbremse** seine Nettoneuverschuldung jährlich um etwa 80 Mio Euro bis 2020 auf Null bringen. Angesichts der Machtkonstellation im Saarland hat die Saar-SPD ihre kritische Position zur Schuldenbremse partiell

revidiert. „Wir müssen die Realität akzeptieren....das Saarland steht wegen seiner hohen Verschuldung vor einem harten Sanierungsweg. Wer mit uns regieren will, muss dazu bereit sein. Die Linken verweigern sich der Realität, indem sie die Schuldenbremse nicht akzeptieren. Damit verweigern sie sich auch einer Regierungsbeteiligung (Heiko Maas, FR v. 24.1. 2012). Es geht um den Weg, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Oskar Lafontaine skizziert die **Gegenposition:** Der andere Weg ist die Erhöhung der Einnahmen. Es gäbe durch

eine rot-grüne Mehrheit im Bundesrat die Möglichkeit, eine gerechte Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen in Gang zu setzen. „Es ist also bei den Wahlen darüber zu entscheiden, ob wir weniger Bildung und Sozialstaat im Saarland haben werden. Oder ob wir durch eine andere Steuerpolitik im Bund die Länderkassen so füllen, dass…..wir nicht weitere Sozialleistungen streichen“ (Saarbrücker Zeitung v. 20.1. 2012).

Mit großer Mehrheit hat DIE LINKE Ende Oktober 2011 in Erfurt ihr **Parteiprogramm** beschlossen und durch ein hohes Mitgliedervotum bestätigt. Trotz der Formelkompromisse markiert das Grundsatzprogramm einen großen Fortschritt im Klärungsprozess der Partei, da es die Zerstrittenheit der deutschen Linken zu überwinden sucht und so ist die Formation nicht chancenlos, sich zu einer geachteten Mitgliederpartei zu entwickeln. Die Partei steht vor der Notwendigkeit, für die wichtigsten politischen Felder ihre **Strategie** zu konkretisieren. Doch im abgelaufenen Wahlzyklus hat die Partei deutlich an politischem Einfluss verloren und auch die Entwicklung von Mitgliedschaft und Organisation erfordern eine ernsthafte selbstkritische Überprüfung, nicht nur im Bund sondern auch in den Ländern, wie z.B. insbesondere in Berlin. Auf allen Ebenen überlagern häufig innerparteiliche Auseinandersetzungen und Personaldebatten die notwendige Aufklärung und Überzeugungsarbeit für gesellschaftliche Alternativen. Durch die erneut eröffnete Debatte um das Führungspersonal (im Bund: Wahlparteitag Göttingen im Juni; in Berlin im Vorfeld des Wahlparteitages im Herbst durch die nun schon jetzt aufgeworfene Diskussion um eine Doppelspitze – siehe TAZ v. 2.2. 2012) werden die parteiinternen unterschiedlichen Vorstellungen über die weitere strategische Positionierung der LINKEN **in Zeiten rechtsautoritärer Entwicklungen** entlang der Euro- und Schuldenkrise ausgeblendet. Angesichts massiver Strukturprobleme in der Ökonomie und in den öffentlichen Haushalten ist die strategisch-politische Orientierungslosigkeit der LINKEN im Bund und in den Ländern mit Händen zu greifen. Sich allein von der Auswechslung des Spitzenpersonals der jeweiligen Ebenen eine Neuerfindung der Partei zu erhoffen, stellt eine unverzeihliche Verengung der eigentlichen Herausforderung dar. Occupy-Bewegung und das Anwachsen der Piraten (sie haben in Berlin die LINKE auf Platz 4 verwiesen) können auch als Ausdruck der aktuellen Erosion der LINKEN gewertet werden. Doch die BürgerInnen erwarten von der LINKEN Deutungsangebote für die Ausbreitung von gesellschaftlicher Unsicherheit und Gefährdung und sie wollen praktische Schritte in Richtung der Herstellung von gesellschaftlicher Sicherheit und mit der Perspektive, wieder die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse zu erlangen. **Debatten über Schuldenbremse und staatliche Sparpolitik** im Bund, nun im Saarland und angesichts der Einsparpolitik des neuen SPD-CDU-Senats in **Berlin** könnten zum Zentrum der politischen Auseinandersetzung um eine **neue Metropolenpolitik** avancieren. In Berlin könnte dieser Strang um einen „alten“ Vorschlag (Reginal Consulting: Berlin. Zurück zur regionalen Dynamik. In: GMH 3/2003) eines **Schuldenmoratoriums** ergänzt und politisch zugespitzt werden.

Die weitergehenden Befunde von ARD-Deutschland-Trend und Eurobarometer verweisen darauf, dass von einer massenhaften Apathie der BundesbürgerInnen an politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen keine Rede sein kann. Es existiert mithin eine relativ gute Ausgangslage dafür, durch Informationen und geduldige Aufklärung eine stärkere Unterstützung für gesellschaftliche Reformpolitik zu erhalten. Wichtig für die LINKE auf allen Organisationsebenen dürfte es aber sein, dass sich die Strömungen der Intention des Grundsatzprogramms folgend aus ihren rechthaberischen Gräben heraus aufeinander zu bewegen und so die praktizierte **Sprachlosigkeit zwischen den Positionen überwinden.** Man darf gespannt sein, welche der Repräsentanten sich dazu die ersten Schritte zutrauen. Es muss ja nicht gleich um Neuerfindung der Partei gehen, Neuorientierung wäre auch nicht schlecht, und Bündnisse müssen ebenfalls nicht gleich auf der Tagesordnung stehen, auf bestimmte Zeit geschlossene inhaltliche Allianzen könnten ja auch schon zu mehr Beweglichkeit und aus der Sprachlosigkeit helfen.

Alles nur gespielt

„Ich bin nicht Rappaport“ im Schloßparktheater

Wer hätte gedacht, dass der gute alte Herr Hallervorden mit seinem Schloßparktheater noch

einmal einem „Shitstorm“ ausgesetzt sein würde? Für diejenigen, die es nicht wissen: Ein „Shitstorm“ im Internet entspricht in etwa dem Wurf fauler Eier und Tomaten in der realen Welt von früher.

Erstaunlicherweise wurde im Netz das faule Gemüse schon vor der Premiere geworfen, und zwar, weil auf der Bühne ein Schwarzer von einem Weißen gespielt wird. Dazu unten mehr.

„Ich bin nicht Rappaport“ von Herb Gardner ist ein zorniges, ein politisches Stück. Dieter Hallervorden, der verhinderte Ulbricht-Attentäter und Ex-FDP-Wahlkämpfer, spielt darin einen 81jährigen Kommunisten (oder was in den USA so als Kommunist durchgeht), der von seiner Rente nicht leben kann und seine Rechte und sein Überleben durch das Annehmen verschiedenster Identitäten erkämpft. Midge, ebenfalls 81, ist seit 42 Jahren Hausmeister desselben Hauses in Central Park West und auf den Job bis ans Lebensende angewiesen. Archetypisch vertreten die beiden zwei unterschiedliche Lebensprinzipien: Auflehnung und Anpassung. Zum Schluss geht beides nicht auf und die beiden Alten sitzen enorm verprügelt (im wörtlichen wie im übertragenen Sinn) auf ihren Bänken im Central Park.

In diesem Stück geht es ans Eingemachte. Eine junge drogensüchtige Kunststudentin (Atina Tabiei Razligh) wird von ihrem Dealer (Johann Fohl) verfolgt, dem sie 2000,- $ schuldet. Der fast blinde Midge (Joachim Bliese) wird von einem „Punk“ (Baris Simsek) zur täglichen kleinen Schutzgeldzahlung gepresst. Und der von Hallervorden gespielte Nat muss sich gegen das Ansinnen seiner Tochter (Irene Christ) verteidigen, ihn entmündigen zu lassen. „Ich habe Angst vor den Dingen, die Du tun wirst, aus Gründen, die Du für Liebe hältst“, sagt er.

Große Kunst entsteht aus der direkten Verbindung zwischen Tragik und Komik. Leider springt die Inszenierung von Thomas Schendel die entscheidenden Meter zu kurz – und das mag sich aus dem Blick erklären, den Intendant und Hauptdarsteller Hallervorden auf sein Publikum hat. Im Spielplanheft erklärt er, dass er den Satz von Oscar Wilde: „Der echte Künstler nimmt vom Publikum keine Notiz. Das Publikum existiert für ihn nicht“ erstaunlich fand. Und darin liegt ein doppeltes Problem. Denn es bedeutet 1. dass Hallervorden bei der Stückauswahl sich an herausragender Stelle fragt: Kann ich das seinem Publikum zumuten? Und wenn ja, wie? Und 2. dass er, um diese Fragen zu beantworten, sich über sein Publikum eine vorgefasste Meinung zurechtlegen muss. Da er – wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht – annimmt, dass das Schloßparktheater-Publikum auf harte Wahrheiten eher empfindlich reagiert, muss er diese in Watte packen.
Und so hat er sich entschieden, dem Publikum „das“ zuzumuten, aber in der Darreichung stark abgemildert. Alle Schauspieler sprechen einen Kammerton A, der tiefe Emotionalität – in Euphorie und Verzweiflung – nicht zulässt. Die gezeigten Charaktere sollen nicht packen, sondern unterhalten. Die Kleinkriminellen sind nur Behauptungen, wie Pappaufsteller. Und Hallervorden spielt seinen Hochstapler Nat vor allem liebenswürdig. Das ist naheliegend, aber knapp am Kern des Charakters vorbei.

Für alle Figuren um ihn herum ist Nat zuallererst mal eine Nervensäge. Warum? Weil es ihm, trotz aller

Maskeraden, mit seinen Anliegen todernst ist. Wenn er als falscher Rechtsanwalt für Midge eine Abfindung ablehnt, dann deshalb, weil er wirklich meint, dass Midge mehr wert ist als zweieinhalb Monatsgehälter, und glaubt, dass er Midge den Job dauerhaft erhalten kann. Er glaubt auch wirklich, die junge Kunststudentin rauspauken zu können, indem er sich als große Nummer bei der Mafia ausgibt. Am Ende ist Midge seinen Job auch ohne Abfindung los, und die Studentin muss erst recht untertauchen. Nat macht alles nur noch schlimmer, weil er alles besser machen möchte.

Hallervorden dagegen spielt, dass es Spiel ist. Keine Sekunde traut man seinem Nat zu, dass er sich selbst in der Rolle des Mafioso für glaubwürdig hält. Wir sehen stattdessen die von „Didi“ schon seit vierzig Jahren bekannte Spaghetti-Knattercharge. Die macht den Fans Spaß, ist aber hier fehl am Platz. Den ganzen Abend über sagt Hallervorden nur einen einzigen Satz in einem echten, emotional packenden Ton. Drei Wörter: „Ich war Kellner!“ Angeblich ist das das einzige wahre Wort, das Nat im ganzen Stück spricht. Dass man aber permanent lügen kann, um trotzdem einer inneren Wahrheit zu folgen, diese Erkenntnis will die Inszenierung offensichtlich nicht transportieren. Das ist eine Unterforderung des Publikums.

Ironischerweise ist der einzige, der es sich in dieser Inszenierung gestattet, die emotionale Tiefe seiner Rolle auszuloten, Joachim Bliese als Midge. Eine souveräne Leistung angesichts der Internet-Hasskampagne, die ihm und dem Theater Rassismus vorgeworfen hat, weil er den Midge spielt, ohne selbst schwarz zu sein.

Aber: Hallervorden ist auch kein New Yorker Jude. Razligh ist nicht drogensüchtig. Und weder Fohl noch Simsek sind kriminelle Schläger. Es sind Schauspieler! Das ist alles gespielt. Ist das tatsächlich eine Neuigkeit für manche Menschen? Das Theater und seine Schaffenden weltweit hat die einzigartige Fähigkeit, vorzuführen (und dies, weil alle, absolut alle, Theatermenschen das verstanden haben), dass jeder Mensch sich in jedem anderen Menschen wiederfinden kann, dass jede und jeder sich in jede und jeden einfühlen kann – wenn sie es denn versuchen. Wenn das Publikum den Schaustellern auf diesem Weg folgt, dann entsteht ein magischer Moment, in dem uns das Wesen der Menschlichkeit ergreift.

Eben darum geht es. „Rappaport“ ist antirassistisch, auch wenn es weniger um Hautfarbe als um Lebensalter geht: „Das Problem am Leben ist eben nicht, dass es so kurz ist. Das Problem ist, dass es so verdammt lang dauert. Aber wir Alten, die ihr in die Ecke stellen wollt, wir haben eben nicht einfach vergessen abzutreten. Wir sind die Überlebenden, wir haben die Erfahrungen gemacht, die ihr brauchen könntet. Aber dass ihr uns einfach nur weghaben wollt – das ist Abtreibung am anderen Ende.“

Es geht um die Rechte und die Würde derer, die am Rande stehen. Also um genau jene, die das Steglitz-Zehlendorfer Publikum gerne verdrängt, nicht nur aus dem Alltag, auch aus den Gedanken. Deshalb ist es verdienstvoll, dass sich Hallervorden gerade dieses Stück für sein Theater ausgesucht hat. Wer es mit der Ablehnung von Rassismus ernst meint, muss ihn in diesem Anliegen unterstützen, statt ihn anzugreifen.

Omo

„Berlin – Hauptstadt der Radfahrer“

titelte vor einigen Wochen eine Berliner Tageszeitung. Da möchten wir doch gerne fragen: „Ha’m Sie’s nicht ‚n bisschen kleiner?“ Der prozentuale Anteil der Radfahrer an der Gesamtzahl der Verkehrsteilnehmer dürfte im Vergleich zu – sagen wir mal – Münster oder Oldenburg eher bescheiden ausfallen. Doch das ist nicht der Punkt. Will man als führende Stadt für Radler anerkannt werden, dann müsste sich das zum einen im Umgang aller Verkehrsteilnehmer miteinander widerspiegeln. Zum anderen müssten sich die für die Stadtentwicklung Verantwortlichen grundsätzliche Gedanken machen, was zu tun ist, damit im Bewusstsein aller die Radfahrer als gleichberechtigt anerkannt werden. Das ist nicht nur eine Frage der Disziplin und der Moral, sondern auch eine Frage der Stadtentwicklung und der Infrastruktur.

Bei aller Sympathie für die Schwächeren müssen wir zugeben, dass sich nicht wenige Radfahrer besonders. auf den Gehwegen selbstherrlich, mitunter wie Rambos verhalten, mit ihren Stahlrossen – bildlich gesprochen – nach allen Seiten ausschlagen und den Zorn verschreckter Fußgänger provozieren. Autofahrer fühlen sich gedemütigt, weil sie, während sie das Ampelrot beherzigen, gleichzeitig beobachten, wie die Radfahrer dieses arrogant ignorieren. Außerdem können sie mit Recht nicht akzeptieren, dass es für viele Radfahrer offenbar Kult ist, ohne Beleuchtung zu fahren. Sie müssten doch seit Mackie Messers Zeiten wissen: Die im Dunklen sieht man nicht. Müssen sie erst die Erfahrung machen, dass der Glaube an die eigene Unsterblichkeit ein Irrglaube ist und dass sie obendrein das Gewissen der Autofahrer belasten?

Auf der anderen Seite die Autofahrer. Der Verkehrsdominator! So verhalten sich jedenfalls viele von Ihnen. Mit ihrer oft aggressiven Fahrweise demonstrieren sie auf allen Straßen und Gassen, wer die number one im Straßenverkehr ist. Ihr skrupelloses Parken auf Radstreifen bringt die Radler mit Recht in Wut. Für viele Autofahrer sind die Radfahrer ein lästiges und eigentlich überflüssiges Übel.

Was tun? Wir plädieren für etwas, was als Begriff im politischen Diskurs verschwunden ist, dem aber für die Lösung unseres Problems neues Leben eingehaucht werden sollte: Eine Friedliche Koexistenz. Die erste Stufe zu ihrer Verwirklichung wäre die Einführung eines strikten und überprüfbaren Tempo-30-Limits. Das aber – und

damit kommen wir zur Politik – ist politisch nicht gewollt – noch nicht. Überhaupt, eine Verkehrspolitik, die dem Anspruch gerecht werden will, Hauptstadt der Radfahrer zu sein, ist auf dem Gebiet der Stadtplanung gefordert. Es ist doch in erster Linie nicht wichtig, wie viele Radfahrer unsere Stadt bevölkern. Entscheidend ist doch, ob es angenehm ist, sich in der Stadt mit dem Fahrrad zu bewegen und ob man sich einigermaßen sicher fühlt. Kurz: ob es Spaß macht, mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Was den Ausbau des Radwegenetzes und seiner Pflege betrifft, so könnte man Seiten mit der Aufzählung sichtbarer Defizite füllen. Ich will, da wir uns ja im Bezirk Steglitz-Zehlendorf befinden, mich nur mit zwei kleinen Beispielen begnügen, gleichzeitig aber unsere Leserinnen und Leser bitten, uns weitere zu schildern.

1. Der neu angelegte Radstreifen auf der Schloßstraße wird skrupellos von Autofahrern als Parkplatz missbraucht. Radfahrer dürfen das Slalomfahren üben, ein Mehr an Sicherheit gibt es für sie nicht.

2. Der Radweg zwischen Begonien- und Asternplatz wurde von den Baumwurzeln in eine Buckelpiste verwandelt. Auf dem viel zu schmalen, eigentlich zum Bürgersteig gehörenden Radweg ist das Fahren eher eine Qual.

Zwei nur kleine, aber symptomatische Beispiele, die belegen, dass Radfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer in dieser Stadt nach wie vor nicht wirklich akzeptiert werden. Sollte der Winter uns doch noch mit Schneemassen beglücken, wird der BSR-Winterdienst sein Bestes geben und die Radwege unter dem von den Straßen befreiten Schnee begraben. Wollen wir wetten?

Wir lieben ja unsere Stadt, aber warum immer diese typische Großmäuligkeit und warum muss ich so oft und jetzt auch wieder an einen Satz von Kurt Tucholsky und an einen Reiseführer-Verlag denken: „Berlin vereinigt alle Nachteile einer amerikanischen Großstadt mit denen einer deutschen Kleinstadt. Die Vorteile stehen im Baedeker.“

H.Sch.

Aus dem Bezirkswahlprogramm

Radwege ausbauen

Unter schwarz-grüner Herrschaft hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren der Zustand der Radwege im Bezirk massiv verschlechtert. Steglitz-Zehlendorf benötigt ein Konzept zur Sanierung und Ausdehnung seiner Radwege und Abstellmöglichkeiten sowie zum Aufbau von Fahrradstationen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften in Lankwitz, der Thermometersiedlung, Zehlendorf-Süd und im Bereich Lissabon-Allee zu legen. Die schwarz-grünen Koalitionspartner in Steglitz-Zehlendorf interessieren sich offensichtlich mehr für ein aufgepepptes Rathaus mit einer verkehrsberuhigten Kirchstraße davor als für die Sicherheit der RadfaherInnen im Bezirk.

Was ist los in diesem Land?

Natürlich darf, ja man muss die Frage stellen: „Was ist los in diesem Land.“ Da zieht auf der einen Seite eine vom Verfassungsschutz durchgefütterte Mörderbande quer durch die Republik, kündigt Dresdens neuer Polizeipräsident den Einsatz von Wasserwerfern und Räumpanzern an, um einen reibungslosen faschistischen Aufmarsch gewährleisten zu können, haben 2000 Polizeibeamte den Marsch von 1200 Neonazis durch Magdeburg „freien Lauf“ garantiert... Und auf der anderen Seite? Da bemüht sich ein Staatsanwalt, antifaschistische Landtagsabgeordnete der Partei Die Linke, die sich zivilcouragiert Neonazis in den Weg gestellt haben, vor Gericht zu zerren, will die kaum der Pubertät entschlüpfte Familienministerin gestandene Lehrerinnen und Lehrern „für den Linksextremismus sensibilisieren“ und rechtfertigt die Bundesregierung mit ihrem Innenminister die Observierung von Mitgliedern der Bundestagsfraktion der Linkspartei.

Also: was ist los...? Zu Schulzeiten gab es einen Konter auf diese Frage: „Alles was nicht angebunden ist.“ Gut, aber über den – Achtung, langes Wort – entfesselten finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wollen wir heute nicht direkt sprechen, obwohl, wie sich noch zeigen wird, alles mit allem zusammenhängt. Doch bevor wir auf die Frage eingehen, wollen wir in Erinnerungen schwelgen.

Im Mai des Jahres 1976 schlugen nicht nur die Bäume aus, sondern auch das organisierte Unternehmertum Alarm. Was war geschehen? Eigentlich nichts Besonderes. Ein Gesetz wurde in jenem Monat verabschiedet, ein Gesetz, das die Mitbestimmungsrechte der Lohnabhängigen in den Aufsichtsräten von mehr als 2000 Beschäftigten erweiterte. Doch das Vorhaben trieb schon Monate vor der Verabschiedung die dem Großkapital verbundenen Medien auf die publizistischen Barrikaden. Die betroffenen Konzerne schlugen mit ihren Verbänden einen anderen Weg ein. Der führte sie nach Karlsruhe zum dort ansässigen Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Ein kleiner aber bunter Strauß hübscher Zitate soll illustrieren, was damals abging: Der damalige Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) argumentierte in der mündlichen Verhandlung vor

dem BVG so: „Das Privateigentum auch an den sogenannten Produktionsmitteln … soll den größtmöglichen Beitrag zur Mehrung des Sozialprodukts und damit zur Verbesserung der quantitativen und qualitativen Lebensbedingungen aller Bürger erbringen, und es soll gleichzeitig zur Sicherung und zum Aufbau ihrer individuellen Freiheit beitragen…Das neue Mitbestimmungsgesetz lässt die Privateigentumsordnung zwar formal unangetastet, tatsächlich aber höhlt es sie aus.“ Schützenhilfe gab es vom Handelsblatt: „Das neue Mitbestimmungsgesetz ist nur der vorläufige Schlussstrich in einem System gesetzlicher

Aus: Die Quelle 9/1955 (DGB)

Mitbestimmungsregelungen, das den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften auf verschiedenen Entscheidungsebenen im Betrieb und Unternehmen vielgestaltige Mitbestimmungsbefugnisse gibt. Die im Tarifvertragsgesetz, insbesondere aber im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Rechte haben alle die gleiche Stoßrichtung: die unternehmerische Dispositionsfreiheit wird in erheblicher Weise eingeschränkt.“ Es folgten weitere düstere Warnungen aus den Konzernetagen wie: „das im Grundgesetz garantierte Eigentum geriete in Gefahr, laufend von den Gewerkschaften überstimmt und damit in seinem freien Gebrauch laufend eingeschränkt zu werden.“ Oder: „die beiden Säulen der Marktwirtschaft – Eigeninitiative und Wettbewerb – würden unterminiert und unser bewährtes Wirtschaftsmodell zum Untergang verurteilt.“ Bündeln wir den Zitatenstrauß mit drei Sätzen aus Springers Welt: „Welchen Blickwinkel man auch für die Betrachtung wählt, stets tritt der gewerkschaftliche Machtgedanke als das eigentliche Motiv der Mitbestimmung hervor. Die Rechtsordnung des Unternehmens, ohnehin schon in Aktienrecht, Betriebsverfassung, Tarifvertragsrecht und Arbeitsschutzgesetzgebung zerbröckelt, wird durch die Aufspaltung des Eigentumsbegriffs zur zementierten Unordnung. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Rückschläge werden die Folge sein.“

Was war passiert? Wurde mit Einführung des Gesetzes „die Vorherrschaft des Kapitals“ gebrochen? Wurde die unternehmerische Preis- und Investitionsautonomie angetastet? Oder gab es die Gefahr eines Systemwechsels hin zu einem reinen „Gewerkschaftsstaats“? Nichts dergleichen. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wurde in der Substanz überhaupt nicht verändert. Den klagenden Unternehmern und ihren journalistischen Rambos ging es um schiere Stimmungsmache. Es sollte ein Spruch provoziert werden, der definitive Grenzen für die Mitbestimmung ziehen würde und sich als Bollwerk gegen weitergehende Forderungen nach echter Mitbestimmung und Kontrolle wirtschaftlicher Macht instrumentalisieren ließe. Mannesmann-Chef Overbeck formulierte seine Erwartungshaltung vor dem Richterspruch mit diesen Worten: „Wenn die Karlsruher Entscheidung festlegt, dass es in Sachen Mitbestimmung keine weitere Verschärfung geben wird, wäre das Vorhaben durchaus lohnend.“ Und Flick-Manager v. Brauchitsch warnte schon am Tag der Urteilsverkündung abends in einer von der ARD ausgestrahlten Fernsehdiskussion die Gewerkschaften „in die Hände zu spucken und zu sagen, ‚so jetzt hauruck, nächste Phase‘“. Das sei, meinte er, „mit Sicherheit der Einstieg in das Ende unseres sozialen Friedens“. Wer auf diese Weise den Eigentumsbegriff auslegt und wider besseres Wissen oder in Unkenntnis den Privatbesitz an Produktionsmitteln zum unantastbaren zentralen Bestandteil der Verfassung erklärt, muss natürlich alle politischen und juristischen Hebel in Bewegung setzen, um gegen diejenigen vorzugehen, von denen er befürchten muss, dass sie diese „heilige Kuh“ schlachten wollen. Und damit sind wir wieder in der Gegenwart angekommen.

Da erdreistet sich doch wahrhaftig eine Partei, „in die Hände zu spucken“ und mit einem Programm aufzukreuzen, in dem just diese „heilige Kuh“ auf’s Korn genommen wird „Überwindung des Eigentums“ und „radikale Erneuerung der Demokratie“, wirklich starke Worte! Wir wissen nicht, ob der Innenminister Hans-Peter Friedrich diese Passage gelesen hat und deshalb zu der Einschätzung gelangt ist, dass für Die Linke immer noch die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ *das* Ziel sei. Deshalb müsse die Observierung fortgesetzt, möglicherweise die Zahl der Beobachteten sogar erhöht werden. „Dies wäre die gerechte Strafe für alle Blödheiten, die sich der Verfassungsschutz geleistet hat“, schreibt sogar der „Tagesspiegel“ und empfiehlt: „Die Überwachung

wird auf alle 76 Abgeordneten der Linken ausgeweitet, einschließlich aller Mitarbeiter, Assistenten, Praktikanten, Fahrer und Pförtner, und von denen wird dann alles gelesen. Da könnte das Amt am Ende sogar noch was lernen.“ Das fehlte noch, wird sich die Knallcharge aus Bayern gesagt haben, weshalb der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt lieber gleich Nägeln mit Köpfen machen und die Partei verbieten lassen möchte. Nimmt man dann noch die Aussage des Fraktionschefs der Union Volker Kauder hinzu, der die Beobachtung der Linkspartei damit begründet, dass sie „immer noch ein Schutzraum für die alten Kader“ sei (er sollte lieber vor der eigenen Haustür fegen und sich fragen, warum so viele ehemals aktive Nazi-Faschisten von seiner Partei so wohlwollend aufgenommen worden sind und wichtige Funktionen übernehmen durften), dann möchte man doch gern Lorenz Maroldt vom Tagesspiegel zustimmen: „Hier ist die hohe Kunst der politischen Verblödung zu bestaunen.“ Doch so einfach ist das nicht. Ob bajuwarisch geknödelt oder schwäbisch ge-Kauder-welscht wird, jeder Wahn- oder Schwachsinn hat Methode. Sinn und Zweck der Übung ist, dass etwas hängenbleibt und dass es gelingt, Die Linke als demokratiefeindliche Partei zu stigmatisieren und ihre Mitglieder zu kriminalisieren, um so potenzielle Wähler abzuschrecken. Der Generalsekretär der CDU Hermann Gröhe sieht es, klassenborniert, wie er nun mal ist, schlicht und simpel so: die Linkspartei ist eine „Gefahr für unsere Demokratie“. Für unsere? Welche Demokratie meint er wohl? Die, die gegenwärtig gerade an die Wand gefahren wird? Denkt er an die, die mit dem vorangestellten Adjektiv „marktkonform“ begonnen hat, ganze Parlamente zu entmachten? Meint er die, deren tragende Säulen – Legislative, Exekutive, Judikative – nur noch wie Marionetten im Dienst der freien Märkte und zum Wohle des Wettbewerbs tanzen? Wir wollen den Fragenkatalog nicht fortsetzen. Es ist nur zu offensichtlich, dass sich in der Euro-Krise, in ihrem Verlauf und in der Wahl, sie zu bändigen, eine tiefgreifende Demokratiekrise widerspiegelt. Und von der will man mit allen Mitteln ablenken.

Deshalb muss einer Partei, die ein grundsätzlich anderes Demokratieverständnis hat, und deren systemkritisches Programm Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausüben könnte, der Kampf auf allen Ebenen angesagt werden. Jakob Augstein schrieb in einem Spiegel-Online Beitrag: „Die Gründungsväter der Bundesrepublik hatten einen anderen Staat vor Augen, als wir ihn heute sehen. Nämlich einen, der – das steht übrigens in Artikel 20 – sozial (und) demokratisch ist. Sozial ist dieses Land schon lange nicht mehr, demokratisch immer weniger..“ Diese Feststellung führt uns in die Jahre 1948/49 zurück und erinnert uns an die Worte, mit denen Max Reimann für die KPD die Ablehnung des Grundgesetzes zu Protokoll gegeben hat: „Wir unterschreiben nicht, aber es wird der Tag kommen, da wir Kommunisten das Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“ Genau das tut die Partei Die Linke mit ihrem Parteiprogramm und ist somit in der Tat eine Gefahr für jene, die mit dem Wort ‚Demokratie‘ den „Gewaltcharakter der Ökonomie verschleiern“ wollen (Bertolt Brecht). Die Frage, welche Gesellschaft wir wollen und welche Demokratie wir anstreben, soll abschließend von einem Schriftsteller

gestellt werden. Uwe Timm formulierte sie in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“: „Wollen wir eine, die unter dem Diktat der Finanzwirtschaft steht, oder eine, die sich selbst bestimmen, die also auch über ihre emanzipativen Ziele, über Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit, das heißt Solidarität, verhandeln und entscheiden kann?“

Eine Antwort erübrigt sich!

Hans Schoenefeldt

CDU-SPD-Senat zeigt demokratiefeindliches Gesicht!

Das S-Bahn-Chaos ist seit drei Jahren fester Bestandteil im Leben vieler Berliner. Um die Bahn börsenfähig zu machen, überzog der Konzern die S-Bahn mit ruinösen Sparorgien. Der Börsen-Wahnsinn ist bis heute keine Realität, die S-Bahn aber in einem katastrophalen Zustand.

Ein breites Bündnis gründete den Berliner S-Bahn-Tisch, um durch ein Volksbegehren die S-Bahn auf eine neue Grundlage zu stellen. Als Teil der

Daseinsvorsorge muss das Land Berlin mehr Einfluss auf die S-Bahn erhalten und sich gegen eine Privatisierung wehren. Eine funktionierende S-Bahn zu fairen Preisen und mit gut bezahlten Personal gibt es nur als öffentliches Unternehmen. Für diese und andere Forderungen sammelte der S-Bahn-Tisch bis Ende 2011 über 30 000 Unterschriften. Natürlich passt es CDU und SPD nicht, dass ihren Sparplänen per Volksentscheid ein Strich durch die Rechnung gemacht werden soll. Zu frisch sind die Erinnerungen noch an den erfolgreichen Volksentscheid zum Wassertisch. Deshalb lehnten die Koalitionäre das Volksbegehren im Februar 2012 ab und legen es dem Verfassungsgericht zur Zulässigkeitsprüfung vor. Am

Ende ist der S-Bahn-Tisch damit aber nicht. Bereits zweimal scheiterte der Senat vor dem Gericht mit dem Versuch, direkte Demokratie zu verhindern. DIE LINKE kämpft dafür, dass die demokratiefeindliche Gesinnung des Senats auch dieses Mal keinen Erfolg haben wird.

Matti Nedoma

Termine

Jeden 2. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~

Die Basisorganisation Zehlendorf tagt jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~

Veranstaltung zum Thema Wirtschaftsdemokratie

Mit **Detlef Hensche,** Mitglied unserer Partei und ehemals Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien ,

am Mittwoch, dem 22. Februar 2012 um 19.00 Uhr im Rathaus Wilmersdorf Fehrbelliner Platz 4

(U – Bahnhof Fehrbelliner Platz Linien 3 u. 7)im BVV-Saal, 3 .Stock

~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~

Anti Atom Kundgebung und Aktion

am **Samstag, 3.3.2012, 11 Uhr Mexikoplatz**: „Hier beginnt die Evakuierungszone" Protest gegen das Wiederanfahren des **Forschungsreaktors Wannsee**

~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~

Impressum
DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf
Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin.
Tel. 030 700 96 741
E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
Im Web: www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

Das Gedächtnis der Menschheit
Bert Brecht

Das Gedächtnis der Menschheit
für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz.
Ihre Vorstellungsgabe für kommende
Leiden ist fast noch geringer.
Die Beschreibungen,
die der New Yorker
von den Gräueln der Atombombe erhielt,
schreckten ihn anscheinend nur wenig.
Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen,
und doch zögert er,
die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben.
Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen.
Der Regen von gestern macht uns nicht nass sagen viele.
Diese Abgestumpftheit ist es,
die wir zu bekämpfen haben,
ihr äußerster Grad ist der Tod.
Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote,
wie Leute, die schon hinter sich haben,
was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.
Und doch wird nichts mich davon überzeugen,
dass es aussichtslos ist,
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.
Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
Lasst uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!
Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.